

PRESSEMITTEILUNG

09.11.2017

„STADTFÜHRUNG HÄTTE BÜRGER RECHTZEITIG MIT INTELLIGENTEN MASSNAHMEN VOR FAHRVERBOTEN SCHÜTZEN MÜSSEN“

Nachdem die Deutsche Umwelthilfe heute angekündigt hat, aufgrund der überschrittenen Stickstoffdioxid-Grenzwerte Klage gegen die Landeshauptstadt Hannover einzureichen, kritisiert

Maximilian Oppelt, umweltpolitischer Sprecher der **CDU**-Ratsfraktion:

„Die Bürgerinnen und Bürger müssen nun möglicherweise ausbaden, dass die Stadtführung jahrelang ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Tatenlos haben OB Schostok (SPD) und Dezernentin Tegtmeyer-Dette (Grüne) bis zuletzt zugesehen und noch immer keinen Luftreinhalteplan vorgelegt.

Anstatt vor der Problematik zu kapitulieren, wäre es die Pflicht der Stadtführung gewesen, rechtzeitig intelligente Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um die Bürger vor Fahrverboten zu schützen. Als CDU fordern wir schon lange eine Verflüssigung des Verkehrs durch intelligente Ampelschaltungen, mehr Park-and-Ride-Plätze und mehr Förderung für alternative Antriebstechniken.“

Oppelt weiter: „Natürlich kann die Stadt das Problem nicht alleine lösen, aber um beispielsweise den mit einer Milliarde Euro ausgestatteten Mobilitätsfonds der Bundesregierung für die Kommunen nutzen zu können, braucht man auch eigene Programme. Leider fehlt es hier in wesentlichen Bereichen wie beim Thema Leihfahrradsystem oder e-Mobilität an brauchbaren Konzepten. Wir fordern, dass die Stadt ihre eigene Fahrzeugflotte konsequent auf schadstoffarme Antriebe umstellen möge. Ein weiterer Schritt ist beispielsweise das von der CDU im Wirtschafts- und Umweltausschuss in den nächsten Tagen beantragte Projekt zur Förderung von E-Taxis.“

Oppelt bemängelt, dass SPD und Grüne stattdessen immer wieder ideologische Maßnahmen wie Fahrbahnverengungen oder Fahrverbote in die Debatte einbringen: „Es ist sehr bedauerlich, dass der Stadt und dem Oberbürgermeister nur die Forderung nach einer Blauen Plakette einfällt. Eine solche Vignette entspricht faktisch Fahrverboten für den Großteil der Dieselfahrzeuge und bedeutet damit eine kalte Enteignung vieler Autofahrer in Hannover und wird von uns in aller Entschiedenheit abgelehnt.“

Mit Blick auf die Deutsche Umwelthilfe und ihr mitunter fragwürdiges Vorgehen, merkt **Oppelt** kritisch an: „Diese Organisation darf nicht die Industrie- und Umweltpolitik in unserem Land diktieren. Die Autokonzerne müssen sich ohne Frage bewegen. Wir müssen allerdings maßvoll vorgehen und sollten aufpassen, dass wir vor dem Hintergrund der tausenden Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie in Hannover und mit Blick auf den überaus gewichtigen Beitrag der Autoindustrie zur Wertschöpfung in Deutschland, nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen.“

**Kontakt: Maximilian Oppelt, umweltpolitischer Sprecher
der CDU-Ratsfraktion, Tel.: 0177 – 31 86 752**



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER